

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **SOGEKO stimmt der Prämienverbilligung für 2016 zu**

**Solothurn, 12. November 2015 - Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission (SOGEKO) hat einem Kantonsbeitrag zur Prämienverbilligung für das Jahr 2016 in der Höhe von insgesamt rund 63,4 Millionen Franken zugestimmt. Im Weiteren befasste sie sich mit drei parlamentarischen Vorstössen zu den Themen Verteilschlüssel in Bezug auf Asylbewerber und Schaffung einer Ombudsstelle im Kindes- und Erwachsenenschutz.**

Die SOGEKO stimmte dem Antrag des Regierungsrats einstimmig zu, für die Prämienverbilligung 2016 insgesamt rund 142,6 Millionen Franken bereitzustellen. Diese Mittel setzen sich zusammen aus dem Bundesbeitrag von rund 79,2 Millionen Franken und dem Kantonsbeitrag von rund 63,4 Millionen Franken bei einem Beitragsschlüssel von 80%.

Unter der Annahme, dass 2016 rund 5 Mio. Franken (2015: 7.5 Mio. Franken) zur Deckung von Verlustscheinen (Aufwendungen für Prämienausstände) anfallen und teilweise Rückstellungen verwendet werden, welche in den Jahren 2012 bis 2014 für die Übernahme der Verlustscheine nicht benötigt wurden, stehen etwas mehr Mittel für die direkten Leistungen zur Verfügung.

Unter Abzug der Ausgaben in den Bereichen Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe können für die ordentliche Prämienverbilligung 50.6 Mio. Franken bereitgestellt werden. Das sind knapp 4 Mio. Franken mehr als im Jahr 2015.

Die sozialpolitischen Zielvorgaben können dennoch nur für untere Einkommen erreicht werden.

### **Zuteilung von Asylsuchenden nach aktuellen Bevölkerungszahlen**

Mit dem Auftrag der Fraktion SVP wie auch mit einem ähnlich lautenden Auftrag der FDP. Die Liberalen wurde der Regierungsrat aufgefordert, den Verteilschlüssel für Asylsuchende an den aktuellen Bevölkerungsstand des Kantons Solothurn anzupassen. Der geltende Verteilschlüssel basiert auf der Bevölkerungsstatistik des Jahres 1997. Die Frage nach einer der aktuellen Bevölkerungszahl angepassten Zuteilung von Asylbewerbern wurde im Rahmen der Neustrukturierung des Asylbereichs vom Bundesparlament bereits behandelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Bundesrat die Änderungen des Asylgesetzes zügig in Kraft setzen wird und so die Frage nach einem aktuellen Zuweisungsschlüssel geklärt werden kann. Die Kommission schliesst sich dem Regierungsrat, der beide Vorstösse erheblich erklären lassen will, einstimmig an.

### **Lücken schliessen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**

Der Auftrag von Felix Lang (Grüne, Lostorf) verlangt eine Ombudsstelle, damit z.B. die juristische Lücke einer Anhörung im neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) geschlossen werden kann. Die Kommission folgte nach eingehender Diskussion mehrheitlich dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung des Auftrags.